

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Bezugschrift: Tagesblatt Riesa.
Vertrieb Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meichen.

Postkonton: Dresden 1530
Vertrieb Riesa Nr. 22.

Nr. 86.

Dienstag, 14. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite, 6 mm hohe Zeile 30 Gold-Pfennige; 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Verwilligung Rabatt reichlich, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Zugabe an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nach dem Rücktritt Herriots.

Außenpolitische Besorgnisse in Deutschland.
V.D. Berlin. Der Rücktritt der französischen Regierung Herriot ist das Anzeichen einer neuen Wendung der außenpolitischen Lage, die zweifellos nach der deutschen Präsidentenwahl in ein entscheidendes Stadium eingetreten wäre, wenn nicht jetzt in Frankreich ein mit all seinen Komplikationen verbundener Regierungswechsel bevorsteht. Man ist in Deutschland bisher immer gewillt gewesen, den französischen Ministerpräsidenten als den Exponenten einer Politik zu betrachten, die die Herbeiführung einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebt. Die Herr Herriots hat zwar nicht zu einer Lösung der Probleme geführt, aber sie hat auch auf das sorgfältigste vermieden, neue Sanktionen oder Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland anzuwenden. Sollte dieser Kurs geändert werden, so würde man in Deutschland allen Grund haben, der Entwicklung der Dinge mit starken Besorgnissen entgegenzusehen.

Zur Stunde will man in den Berliner maßgebenden außenpolitischen Kreisen noch nicht recht glauben, daß Herriot durch seine Niederlage im Senat schon völlig erledigt ist. Man erwartet daher eher eine Wiederkehr des bisherigen französischen Kabinetts oder zum mindesten die Bildung einer gemäßigten Rechtsregierung unter Briand. Der Sturz Herriots muß jedoch insofern in Deutschland einen unangenehmen Eindruck hervorrufen, als gerade in den letzten Wochen die Möglichkeit eines Einrückens Frankreichs in der Sicherheitsfrage bestanden hat. Das jetzt etwa wieder ein Kabinett Poincaré aus Baden kommen könnte, hält man jedoch in den Berliner außenpolitischen Kreisen für nahezu ausgeschlossen.

Die Rückwirkungen der französischen Regierungskrise werden sich zunächst darin bemerkbar machen, daß die Erörterung der Sicherheits- und Räumungsfrage nämlich zum Stillstand kommen wird. Schon seit dem offenen Ausbruch der Krise zeigte sich, daß Frankreich bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge garnicht in der Lage war, die außenpolitischen Verhandlungen fortzusetzen, zumal da die Aufmerksamkeit der französischen politischen Kreise völlig von der Innenpolitik in Anspruch genommen wurde.

Es wird voraussichtlich länger als einen Monat dauern, ehe Briand wieder über eine verhandlungsfähige Regierung verfügt und bis dahin kann sich die außenpolitische Lage noch enger gestalten als sie ohnehin jetzt schon ist. Auf jeden Fall eröffnet sich jetzt ein für Deutschland sehr ungünstiges Stadium, indem die Lösung der sehr wichtigen Probleme hinausgezögert und verschleppt wird, so daß auch die Räumung der norddeutschen Rheinlandzone erneut völlig in der Luft steht.

Die weitere Entwicklung der französischen Politik hängt jetzt davon ab, ob es dem Linkskartell gelingen wird, die Regierungsbildung wieder in die Hand zu nehmen. Augenblicklich hat es den Anschein, als sei diese Möglichkeit nicht vorhanden, und als müsse die Partei Herriots Anstoß an die Kreise Poincarés finden, die weit bis in die Mitte hinein reichen und die alle Kräfte daran setzen, die Wiederkehr einer Linkregierung zu verhindern. Bis nach den Osterferien wird über die französische Krise noch weiterhin Unklarheit bestehen, zumal anzunehmen ist, daß Herriot mit seinem Ministerium noch auf kurze Zeit die Geschäfte führen wird.

Die Kabinettskrise in Frankreich.

Painlevé lehnt ab.

Paris. Der Präsident der Republik hat Sonntag mittags 1 Uhr 30 Min. den Kammerpräsidenten Painlevé beauftragt und ihm den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angedeutet. Der Präsident der Kammer dankte für diesen ehrenvollen Auftrag, erklärte aber, die Belange, die er geltend machen habe, und die dabei gewonnenen Einblicke hätten ihm die Überzeugung beigebracht, daß er sehr bald auf die gleichen parlamentarischen Hindernisse stoßen würde, auf die die Regierung Herriots trotz der von ihr geleisteten Dienste gestoßen sei. Um eine dauerhafte Entspannung zwischen Kammer und Senat herbeizuführen, sei nach seiner Ansicht notwendig, daß der zukünftige Ministerpräsident gewiß ein ausgesprochen linksförmiger Politiker sein müsse, aber einer, der viel weniger als er, Painlevé, an den politischen Kämpfen der letzten Jahre beteiligt gewesen sei.

Darauf hat der Präsident der Republik den Abgeordneten Aristide Briand ins Elisee berufen.

Briand mit der Regierungsbildung beauftragt.

Paris, 12. April. Der Präsident der Republik hat dem Abgeordneten Aristide Briand die Kabinettsbildung angetragen.

Abgeordneter Briand, den der Präsident der Republik beauftragt hatte, die Bildung des Ministeriums zu übernehmen, erklärte ausdrücklich, daß er diesen Auftrag nur durchführen könne, wenn es ihm ermöglicht werde, sich auf die Mehrheit zu stützen, die sich aus der Wahl vom 11. Mai ergeben habe. Aus diesem Grunde hat Briand sofort, nachdem er das Elisee verlassen hatte, mit Herriot als dem ehemaligen Vorsitzenden der radikalen Partei verhandelt. Unmittelbar nach dieser Besprechung hat Briand den Wunsch geäußert, bald mit dem Vorstand der radikalen und der sozialistischen Kammerfraktion verhandeln zu können. Um 8 Uhr nachmittags hat die Beratung Briands mit dem Vorstand der sozialistischen Kammerfraktion begonnen. Die Konferenz war um 4.40 Uhr beendet. Wie Savas berichtet, erklärte Briand, daß er

entschlossen sei, sich nur auf die Mehrheit vom 11. Mai zu stützen, deren Elemente restlos die Verantwortung für die neue Regierung übernehmen müßten. Briand hat also nicht nur die Unterstützung der sozialistischen Partei erbeten, sondern auch die Frage ihrer Beteiligung am Kabinett aufgeworfen. Die Vertreter der Kammerfraktion antworteten, daß sie kein Mandat hätten, auf diese beiden Fragen zu antworten, daß sie vielmehr verpflichtet seien, dem Nationalrat der Partei, also dem erweiterten Vorstand, die Entscheidung hierüber zu überlassen. Dieser ist auf Dienstag zusammenberufen worden. Nach Vereinbarung der Konferenz mit den Sozialisten befragte sich Briand mit dem Vorstand der radikalen Kammerfraktion. In den Verhandlungen der Kammer wird erklärt, im Laufe dieser Beratung solle weniger vom politischen Program der neuen Regierung, als von deren Zusammensetzung die Rede gemacht sein, da sich hier erkerter mühselos eine Einigung erzielen lassen werde. Briand habe erklärt, Painlevé hätte sich mit einer Unterstützung der Sozialisten begnügen können, er aber müsse ihre direkte Mitarbeit verlangen.

Um 7 Uhr hat sich Briand ins Elisee begeben und dem Präsidenten der Republik Bericht erstattet über die Verhandlungen, die er im Laufe des Nachmittags geführt hat. Die Unterredung dauerte ungefähr 30 Minuten. Beim Verlassen des Elisee erklärte Briand den Journalisten, bei der augenblicklich ernstesten Lage könne er nur ein Ministerium bilden, in dem jede Gruppe des Kartells der Linken, also auch die Sozialdemokraten, vertreten seien.

Unmittelbar nach seinem Empfang im Elisee begab sich Briand zum Kammerpräsidenten Painlevé, um sich mit diesem zu besprechen.

Paris, 13. April. Nachdem Briand gestern abend das Elisee verlassen hatte, hat er sich, wie bereits berichtet, zu Kammerpräsident Painlevé begeben, mit dem er wiederum eine längere Unterredung hatte, der die Abgeordneten Soucheur und Danielou beimohnten. Briand erstattete Bericht über die Verhandlungen, die er mit den Parteiführern der Kammer und des Senats im Laufe des Nachmittags geführt hatte und drang wiederum darauf, daß Painlevé das Mandat zur Regierungsbildung annehmen solle. Painlevé sei nach Lage der Dinge der geeignete Politiker, der auf die Unterstützung der Sozialisten rechnen könne. Painlevé, der für diese Vertrauensstunde dankte, erklärte jedoch, er müsse bei seiner Weigerung stehen. Auch die sozialistischen Abgeordneten Leon Blum, Boncour und Carrean haben gestern abend mit Painlevé verhandelt, namentlich über die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialisten an der Regierung. Auch sie haben dem Journal zufolge erklärt, diese Frage würde sich leichter lösen lassen, wenn Painlevé an die Spitze träte. Dieser entwidmete jedoch nochmals die Gründe, die ihn im Augenblick zwingen, die Regierungsbildung nicht zu übernehmen, und sprach seinerseits die Überzeugung aus, daß Briand, wenn nicht die Mitarbeit, so doch die Unterstützung der sozialistischen Partei zugesichert werden müsse.

Briand soll nach einem Bericht der Agentur Havas den Mitgliedern der demokratischen Linken im Senat gestern nachmittags erklärt haben, die Frage der sozialistischen Beteiligung sei erist. Ewo de Paris will sogar den Eindruck gewonnen haben, daß ohne deren Beteiligung Briand die Kabinettsbildung nicht durchführen werde. Alsdann müßten die Radikalen eine Entscheidung treffen, denen man offenbar, wenn die Sozialisten sich weigern, mit Briand zusammenzuarbeiten, die ganze Verantwortung für die Lage aufhalten wolle. Sollte Briand die Bildung des Ministeriums ablehnen und Painlevé bei seiner Weigerung beharren, dann, so nimmt das in der Opposition stehende Blatt an, wäre das Kartell der Linken erledigt.

Paris. Der Vorschlag des ehemaligen Finanzministers de Monzie, vor dem 15. April den Einkommenssteuern über die Erhöhung des Notenumlaufs von 41 auf 45 Milliarden durch ein provisorisches Ministerium durchzuführen zu lassen, hat offenbar nicht die Einwilligung Briands gefunden und stößt auch auf Seiten des Berichterstatters des Finanzauschusses der Kammer, des Abgeordneten Aurioi, auf Widerstand. Dieser erklärte, er könne sich nicht denken, daß eine glatte Annahme des von dem de Monzie'schen Sanierungsplan losgetrennten Gesetzentwurfs über die Erhöhung des Notenumlaufs erfolgen könne. Briand selbst hat den Pressevertretern geantwortet: „Sie können schon jetzt mitteilen, daß alle Nachrichten, die über die Zusammenlegung des künftigen Ministeriums veröffentlicht wurden, unrichtig sind. Nicht ein einziges Portfeuille ist vergeben worden, nicht einmal das Präsidium.“

Briand stößt auf Widerstand.

Paris. (Zuspruch mittags 12 Uhr.) Heber die Lage ist folgendes zu berichten: Der Vorschlag des Finanzministers de Monzie, ein provisorisches Kabinett zu bilden, um die Frage der Regelung des Notenumlaufs zu regeln, kann als erledigt betrachtet werden, da er auf den Widerstand fast aller maßgebenden Persönlichkeiten gestoßen ist. Die Frage, ob es Briand gelingen wird, ein Kabinett zu bilden, kann nach den Ergebnissen der gestrigen Beratungen um so weniger mit Ja beantwortet werden, als Briand zweifellos nicht auf die Beteiligung der Sozialisten an seinem Kabinett rechnen kann. Er ist sogar geher auf den Widerstand eines Teiles der radikalen Kammerfraktion gestoßen. Es fragt sich nun, ob Briand, worüber er sich bisher noch nicht ausgesprochen hat, die sozialistische Beteiligung an seinem Kabinett für unerlässlich hält. Wahrscheinlich würde er wohl auf die Kabinettsbildung verzichten. Anders verhält es sich mit der Frage der Unterstützungs-politik der Sozialisten. Wird diese einem Kabinett Briand gewährt werden? Auch darüber wird heute der National-

rat der Partei Auskunft geben, jedoch man wohl behaupten kann, daß alle Kombinationen vor heute (spät abends) vielleicht sogar vor morgen vormittag verfrüht erscheinen.

Wenn Briand tatsächlich nur mit dem Kartell der Linken ein Kabinett bilden will, dann müßte er, wenn der kleine sozialistische Parteitag weder eine direkte Beteiligung an seinem Kabinett noch die Unterstützungs-politik annimmt, wie es die sozialistische Vereinigung von Tonlon gestern bereits gefordert hat, auf die Kabinettsbildung verzichten. In diesem Falle, so ist gestern abend in den Wandelgängen der Kammer erklärt worden, würde Präsident Doumergue nochmals versuchen, Painlevé zur Bildung des Kabinetts zu bringen und wenn dieser sich weigert, dann bleibt wahrscheinlich nichts anderes übrig, als dem jetzigen Justizminister René Menault die Bildung des neuen Kabinetts zu übertragen. In dieser Kombination würde jedenfalls Briand das Portfeuille für auswärtige Angelegenheiten übernehmen. In gewissen politischen Kreisen wird sogar angenommen, daß Herriot dieses Ministerium übernehmen würde, während Briand das Justizministerium anvertraut werden könnte.

Blitzschlagkatastrophe auf dem Königstein.

3 Tote und 23 Verletzte.

Dresden. Gestern nachmittags gingen in einem Teil der „Sächsischen Schweiz“ schwere Gewitter nieder. Gegen 4 Uhr nachmittags schlug der Blitz in eine Gruppe von Touristen auf der Festung Königstein ein, wobei drei Personen getötet, sechs schwer und 23 leicht verletzt wurden. Die Schwerverletzten wurden im königlichen Krankenhaus antegebracht.

Zu dem Blitzschlagunfall meldet der „Dresdn. Anz.“: Gegen 4 Uhr zog ein schweres Gewitter über die Sächsische Schweiz, das anfänglich im Gebiete von Schmalka-Schöna zu starken Regenfällen führte. Es zog dann elb- abwärts und entlud sich plötzlich in mehreren Blitzen über dem Königstein, ohne daß vorher Regen niedergegangen war. Einer dieser Blitze traf eine Gruppe von etwa 30 Personen, die sich auf der Festung an der sogenannten Königsmauer befand. Die Gruppe hatte sich nicht beachtet, ein schüchternes Mädchen aufzusehen, da der Himmel teilweise noch unbewölkt war und auch eine Schutzhütte in der Nähe war. Sämtliche Personen waren sofort betäubt und fielen zu Boden. Der Blitz hatte zuerst eine Eiche, unter der die Gruppe stand, getroffen und war dann in das Gitter übergesprungen, das die Eiche umgibt. An diesem Gitter hatten sich

drei Personen festgehalten, die auf der Stelle tot waren. 23 Personen wurden verletzt, die meisten leicht. Glücklicherweise konnte den Verunglückten sofort Hilfe gebracht werden, da sich eine Abteilung des Pionierbataillons 2 auf der Festung befand die im Verein mit dem gleichfalls zufällig anwesenden Dr. Saenel (Dresden), der sofort herbeigezogenen Sanitätskolonne Königstein und mehrerer anderen Ärzten die erste Hilfe leisteten. Alsdann wurden die Verletzten durch den Aufzug heruntergebracht; ein Teil der Verletzten wurde in bereitgestellten Privatautos und einem Gesellschaftsauto nach den Krankenhäusern in Königstein und Dohna geschafft. Die übrigen leichter Verletzten wurden sofort nach ihren Wohnorten Pirna, Dresden usw. gebracht.

Die Getöteten sind Hermann Grohmann aus Breslau Viktoriastr. 4, Johannes Grohmann aus Lengsfeld im Erzgebirge und Frau Martha Göhrig aus Pirna, Poststr. 11.

Berichte von Augenzeugen.

Vom dem zur Zeit des Unglücks auf der Festung Königstein anwesenden und sofort zur ersten Hilfeleistung herbeigezogenen Dr. Hans Saenel (Dresden) erfährt der „D. Anz.“ noch folgende Einzelheiten: Zur Zeit des Blitzschlages regnete es noch nicht, so daß auch die Fährten noch nicht abgewaschen war. Durch den Blitzschlag wurden sämtliche Personen niedergeschlagen. Die Wirkung war die einer einwirkenden Granate. Die Leute lagen mit verbrannten und zerfetzten Kleidern da. Der lahme Führer nahm sich gelähmten gegenwärtig der Leute an. Die brennenden Kleider wurden gelöst. Ja war sofort zur Stelle und stellte sich, daß der Tod bei den drei Personen sofort durch Verkohlung eingetreten war; die trotzdem noch vorgenommenen künstlichen Atmung war ergebnislos. Die Verletzten wurden sofort nach dem Lazarettgebäude gebracht, dort auf den Betten des Kurzaares niedergelegt und verbunden und gelöst. Die anfänglichen Wundbehandlungen behoben sich größtenteils. Die von den Verletzten erlittenen Brandwunden sind solche zweiten Grades, so daß keine Lebensgefahr mehr besteht. Eine Ausnahme könnte vielleicht eine junge Frau bilden, die ausgeprägtere Brandwunden erlitt. 18 Uhr waren sämtliche Verletzten von der Festung abtransportiert.

Schweres Bootsunglück.

Lübeck. (Zuspruch.) Am Donnerstag ereignete sich auf der Trave ein schweres Bootsunglück. Dem drei Menschenleben zum Opfer fallen. Der Raubermörder Schlieper hatte zu einer Fahrt auf einem Boot mit Außenbordmotor 12 Kinder eingeladen. Das überladene Fahrzeug kenterte bei der Ausfahrt aus der Trave in den Elbe-Tradefanal infolge des Wellenschlags eines begehenden Motorbootes. Schlieper, ein 14-jähriges Mädchen und ein 11-jähriges Knabe ertranken. Die übrigen Kinder konnten durch andere Boote gerettet werden. Die drei Toten wurden abgerollt.